

Protokoll des Landesparteitages am 29.09.2012 in Wiesloch

11.00 Uhr, Eröffnung des Landesparteitages

durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Lars Castellucci

Lars Castellucci begrüßt in seiner Eröffnungsrede die anwesenden Ober- und BürgermeisterInnen, die VertreterInnen der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Kirchen und weiterer gesellschaftlicher Gruppen in Baden-Württemberg.

Konstituierung

Wahl des Tagungspräsidiums:

Vorschlag:

Christian Lange, MdB	Kreisverband Rems-Murr
Rita Haller-Haid, MdL	Kreisverband Tübingen
Dr. Johannes Fechner	Kreisverband Emmendingen
Annette Sawade, MdB	Kreisverband Schwäbisch-Hall
Dr. Stefan Fulist-Blei, MdL	Kreisverband Mannheim

So gewählt

Übernahme durch das Präsidium

Beschlussfassung über die Tagesordnung

(Anlage)

Die ursprüngliche Tagesordnung wurde den Delegierten am 11. September 2012 zugesandt. Vorschlag liegt in der Mappe der Delegierten

So angenommen

Beschlussfassung über die Wahl- und Geschäftsordnung

(siehe Anlage)

Die Redezeitbegrenzung wird auf 3 Minuten festgelegt.

So beschlossen

Beschlussfassung über Antragsschluss

Antragsschluss für Initiativanträge: 12.30 Uhr

Initiativanträge sind mit den notwendigen Unterschriften (30 Delegierte aus 5 Kreisverbänden) beim Präsidium abzugeben.

Bei Personalvorschlägen kann die notwendige Unterstützung auch durch das Präsidium abgefragt werden.

Das Präsidium vermerkt Uhrzeit des Eingangs und gibt die Anträge an die Protokollanten, die sie auf die Richtigkeit der Unterschriften überprüfen und an das Tagungsbüro weitergeben.

Die Ausgabe der Initiativanträge an die Delegierten erfolgt nach Rücksprache zwischen Präsidium und Antragskommission.

- So beschlossen -

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Vorschlag liegt in der Mappe der Delegierten.

Angelika De Wille, Rems-Murr
Andreas Epping, KV Freiburg
Ute Rentz, KV Ludwigsburg
Bernd Safferling, KV Mannheim

- So gewählt.

Wahl der Zählkommission

Der Vorschlag liegt in der Mappe der Delegierten

Angelika De-Wille, KV Rems-Murr
Petra Hertweck, KV Rastatt
Jochen Kiefer, KV Enz-Kreis
Uli Möhrle, KV Sigmaringen
Beate Reichle, KV Ludwigsburg
Bernd Safferling, KV Mannheim
Markus Schupp, KV Freiburg
Armin Schweitzer, KV Lörrach

- So gewählt.

Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers

Vorschlag:

Vasilios Papayannis, Dr. Gudrun Igel-Mann

- So gewählt.

11.20 Uhr, Grußworte

Franz Schaidhammer, Oberbürgermeister von Wiesloch

Hinweis:

Klaus Eisenhardt (Rottweil) hat heute Geburtstag.

Hinweis auf Abgabe der Wortmeldungen:

Vorschlag: Wortmeldungen können nach der Rede des Landesvorsitzenden abgegeben werden.

So beschlossen.

**11.30 Uhr, Rede des Landesvorsitzenden Dr. Nils Schmid
„Starke Wirtschaft, Starkes Land. Zukunft Baden-Württemberg.“**

Es ist keine Aussprache vorgesehen.

12.15 Uhr, Beginn der Antragsberatung

Beschlussfassung zur Reihung der Antragsblöcke, über den gesondert abgestimmt wird.
Nach dieser Reihung wird dann verfahren.

Der Antrag EUV1 wird in den Antragsbereich W eingegliedert und dort beraten.

- So beschlossen

Redezeit wurde mit Beschluss der Geschäftsordnung auf 3 Minuten festgelegt.

- So beschlossen

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Von 320 gemeldeten Delegierten sind 302 anwesend. Das entspricht 94,37 % der möglichen Delegierten. Es sind 122 Frauen und 180 Männer anwesend Die Quotenvorgabe ist erfüllt, der Parteitag ist beschlussfähig.

Präsidium weist darauf hin:

- Immer zuerst die Antragsteller aufrufen und Einbringung des Antrages nachfragen.
- Berichterstatte der Antragskommission können zu jedem Antrag oder Änderungsantrag das Wort erhalten.
- Empfehlungen der Antragskommission gelten als einfache Änderungsanträge.
- Es wird immer zuerst der weitestgehende Antrag zur Abstimmung gestellt. Die Empfehlung der Antragskommission reiht sich dabei ein.
- Verweisungen sind immer weitergehender als Behandlungen direkt auf dem LPT.

Es ist keine Mittagspause vorgesehen.

Antragsbereich W – Wirtschaft

Antrag W 1:

Leitantrag „Gute Wirtschaft – Soziales Baden - Württemberg“

Einbringung durch Dr. Rudolf Luz

Aussprache und Behandlung der weiteren Anträge aus dem Bereich W

Wortmeldungen:

Rainer Hinderer, KV Heilbronn: Leitantrag ist wichtiges Signal für die Wirtschaft und die Bevölkerung.

Elfriede Thompson, KV Rhein-Neckar: Arbeitgeber US - Streitkräfte: Keine Mittel aus dem ESF bei Entlassungen , kein Landesprogramm bzgl. Qualifizierung bei Arbeitsplatzverlust. Es sollte Hilfestellung und Unterstützung der Landesregierung signalisiert werden.

Johannes Stober, KV Karlsruhe-Stadt: Behandlung des Antrags vom OV Denzlingen gefordert. Versorgungssicherheit unterstützen.

Ralph Weinbrecht, KV Enzkreis: AGS unterstützt den Leitantrag.

Bilkay Öney: Gute Wirtschaft ist starker Motor auch für die Integration.

Hermann-Josef Pelgrim, KV Schwäbisch-Hall: Antrag von Emmendingen (K 6) soll unterstützt werden.

Peter Hofelich, KV Göppingen: Mittelstandspolitik ist wichtig für SPD. Weiterqualifizierung muss stets gefördert werden. Duale Ausbildung in der Bunderepublik kann aber auch als Bsp. für Europa dienen.

Parsa Ahmadi-Marvi, KV Karlsruhe - Stadt: Leitantrag unterstützen.

Nach Ende der Generaldebatte wird der Antrag Abschnittsweise behandelt. Alle Änderungsanträge werden einzeln aufgerufen.

Behandlung der Änderungsanträge:

(AK = Antragskommission, AnSt = Antragsteller)

Ä 2:

AK: ersetzen „nebeneinander stellt und miteinander in Einklang bringt.“ durch „verbindet.“
Streichen „Wir stellen ... Zukunft Europas“
Z. 51, 52 in W 1 bleiben
wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 3:

AK: Neue Formulierung „Der Staat schafft den ordnungspolitischen Rahmen für eine soziale Marktwirtschaft.“
wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 4:

AK: einfügen nach „nicht akzeptieren.“ „Deshalb setzen wir unsere haushaltspolitischen Schwerpunkte auf Kultus und Soziales.“
wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 5:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 6:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 7:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 8:

zurückgezogen

Ä 9:

AK: streichen 1. Absatz
Annahme 2. und 3. Absatz
wird in geänderter Fassung übernommen

Z.155-156:

AK: ändern „Wir haben ein vitales Interesse daran, ...“
wird in geänderter Fassung übernommen

- Ä 10:
AK: Annahme
wird übernommen
- Ä 11:
AK: Annahme
wird übernommen
- Ä 12:
AK: Neue Formulierung „ESM und Fiskalpakt reichen als Instrumente dafür nicht aus.“
wird in geänderter Fassung übernommen
- Ä 13:
AK: Annahme
AnSt übernimmt
- Ä 14:
AK: Annahme
wird übernommen
- Ä 15:
AK: streichen „Der demographische Wandel ... zu verzeichnen sein.“
Rest einfügen in W 1 nach Z. 305
wird in geänderter Fassung übernommen
- Ä 16:
AK: Annahme
wird übernommen
- Ä 17:
AK: Annahme
wird übernommen
- Ä 18:
AK: Neue Formulierung Z. 340-349: „Auch politisch hervorgerufene Fehlentwicklungen, wie z.B. der Missbrauch von Leiharbeit oder die Ausweitung von nicht sozialversicherungspflichtiger, geringfügiger Beschäftigung wollen wir korrigieren und uns mit voller Kraft den kommenden Herausforderungen zuwenden.“
wird in geänderter Fassung übernommen
- Ä 19:
AK: Überweisung an LTF und Minister für Finanzen und Wirtschaft
von AnSt so akzeptiert
- Ä 20:
AK: Annahme
wird übernommen
- Ä 21:
AK: Überweisung an BTF
AnSt übernimmt nicht, daher Abstimmung
Mehrheit für Empfehlung der AK
- Ä 22:

AK: Ablehnung

Nach Diskussionsbeiträgen um Höhe des Mindestlohns Formulierungsvorschlag der AK

Einfügen in Z. 314: „Dabei ist klar, dass diese Größenordnung nur der Startpunkt sein kann auf dem Weg für existenzsichernde Arbeit zu sorgen.“
wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 23:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 24:

AK: Überweisung an LTF
von AnSt so akzeptiert

Ä 25:

AK: Ablehnung
AnSt übernimmt nicht, daher Abstimmung
Mehrheit für Empfehlung der AK

Ä 26:

AK: Ablehnung
AnSt übernimmt nicht, daher Abstimmung
Mehrheit für Empfehlung der AK

Ä 27:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 28:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 29:

AK: Überweisung an LTF
von AnSt so akzeptiert

Ä 30:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 31:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 43:

Bezieht sich auf Antragsbuch S. 18-19, Z. 803-866

AK: Überschrift wie im Antragsbuch „Standortfaktor Energiesicherheit“
Übernehmen „Versorgungssicherheit auf dem Energiesektor ... in Bereitschaft
gehalten werden.“

Überweisung an LTF „Der rechtliche Rahmen ... Entschädigung bekommen.“

Übernehmen „Langfristig ist zudem ... schafft Arbeitsplätze vor Ort.

Streichen „Es muss sichergestellt werden ... EEG-Umlage bezahlt werden
müssen.“

Z. 112-121 ändern: „Wir wollen daher die Ausnahmen für die energieintensiven Unternehmen bei der EEG-Umlage, den
Netznutzungsentgelten und der Stromsteuer überprüfen.“

Z. 862-864 bleiben erhalten

wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 32:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 33:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 34:

AK: Überweisung an LTF
Von AnSt so akzeptiert

Ä 35:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 36:

AK: Ablehnung
wird übernommen
Empfehlung der AK mit großer Mehrheit angenommen

Ä 37:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 38:

AK: ersetze „alternsgerechte“ durch „alterns- und altersgerechte“
wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 39:

AK: ersetze „multiplen“ durch „mehrfachen“
wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 40:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 41:

AK: nach Diskussionsbeiträgen Formulierungsvorschlag:
ersetze „und als Zentralbank für die Sparkassen fungier.“ Durch „und als Drehscheibe
für den Zahlungsverkehr zwischen den Sparkassen.“
wird in geänderter Fassung übernommen

Ä 42:

AK: Annahme
wird übernommen

Ä 44:

AK: Annahme
wird übernommen

Abstimmung über den geänderten Antrag W 1 inkl. Empfehlungen der AK im Antragsbuch

- mit wenigen Gegenstimmen so beschlossen

Antragsbereich K - Kultus

Ini 1: Initiativantrag des Landesvorstandes, „Stärkung der Bildung auf solider Grundlage“

Einbringung durch Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer.

Der Antrag liegt in einer geänderten Fassung als Antrag von Landesvorstand und AfB vor und ersetzt den Antrag K 1.

Es liegen bereits 8 Wortmeldungen vor, daher Antrag auf Ende der Redeliste:

Wortmeldungen:

Gerhard Kleinböck: Fragestellung für das Jahr 2016 „Was hat sich mit der SPD in der Bildungspolitik geändert?“

Saskia Esken: Schülerzahlen gehen zurück. Bildungsteilnahme für alle muss in der nächsten Dekade gelingen.

Claus Schmiedel: Mehrausgaben in der Bildungspolitik. Ausgaben betreffen nicht nur Lehrerstellen. Hinweis auf Aufhebung der Studiengebühren.

Gabriele Stork: Neue Unterrichtsformen in der Schule. Kooperatives Lernen. Sparmaßnahmen treffen auf Unverständnis. Verrechnung von Deputatsstunden können nicht eins zu eins übernommen werden.

Norbert Theobald: An der Jugend soll nicht gespart werden. Evaluieren, an welchen Stellen wirklich gespart werden kann

Stefan Furst-Blei: Studiengebühren abgeschafft. Wir haben geliefert. Bildungsgerechtigkeit und Haushaltskonsolidierung kann gelingen.

Julian Bender: Lehrerstellen können nicht ohne bildungspolit. Analyse gestrichen werden. Gemeinschaftsschule kostet Geld. Erbe der CDU nicht gut. Investitionen müssen getätigt werden um vorausschauende Politik zu tätigen.

Peter Friedrich: Investitionen im Bildungsbereich betreffen nicht nur Lehrerstellen. Strukturen nach 60 Jahren sind nicht effizient. Das System wird geändert. Wir sind auf dem Weg dahin. Das dreigliedrige Bildungssystem ist durchbrochen.

Abstimmung über den Antrag Ini 1 in gemeinsamer Fassung LV und AfB

- mit großer Mehrheit so beschlossen

Antrag K 2:
zurückgezogen

Antrag K 3:
zurückgezogen

Antrag K 4:
AK: 1. Erledigt durch Ini 1
2. Annahme
mit großer Mehrheit so beschlossen

Antrag K 5:

AK: Überweisung an LTF und Kultusministerin
mit großer Mehrheit so beschlossen

Antrag K 6:

AK: Überweisung an LTF und Kultusministerin
mit großer Mehrheit so beschlossen

Antrag K 7:

AK: Überweisung an LTF und Kultusministerin
mit großer Mehrheit so beschlossen

Antragsbereich EUV - Energie / Verkehr / Umwelt

EUV 1:

„Energiewende im Land voranbringen“

AK: Z. 40-53 streichen
wird übernommen vom AnSt

AK: Z. 74 ersetzen „Universitäten“ durch „Hochschulen“
wird übernommen vom AnSt

Ä 46:

AK: Ablehnung
Mehrheitlich so beschlossen

AK: Z. 193 ergänzen „Projekte in Stadt- und Landkreisen“
wird übernommen vom AnSt

AK: Z. 202-207: Formulierung aus W 1 (in geänderter Fassung) übernehmen

Ä 47:

AK: Annahme
wird übernommen

Abstimmung über EUV 1 in geänderter Fassung inkl. Empfehlungen der AK im Antragsbuch
Mit wenigen Gegenstimmen so beschlossen

Antragsbereich PO – Parteiorganisation

Antrag PO 1:

Statutenänderung zur Aufstellung der Kommunalwahllisten

Einbringung durch Katja Mast, MdB, Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg

8 Wortmeldungen liegen vor, daher Vorschlag auf Schluss der Rednerliste
- so beschlossen

Wortmeldungen:

Matthias Schmitt (Bad Krozingen): Einbringung des Antrages Ä1 zu PO1

Mirko Witkowski, KV Rottweil: Einbringung des Antrages Ä54, Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Kandidaten und Kandidatinnen, da manche Personen nur einen bestimmten Platz auf der Liste möchten.

Bettina Wegner–Reimers, SPD-Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald: Eine solche Regelung schadet Frauen. Frauenlisten werden verhindert.

GO-Antrag: Öffnung der Redeliste
abgelehnt.

Christian Lange, KV Rems-Murr : Gute Plätze für gute Frauen. Positives Signal für Frauen.

Anette Sorg, KV Karlsruhe Land: Frauenpolitik muss bei der SPD bleiben.
Geschlechtergleichheit weiterhin Grundsatz. Quote gilt auch für Männer.

Ralf Spörkel: Frauenquoten haben positiven Effekt aufgezeigt.

Leni Breymaier, KV Göppingen: Signal für die Ortsvereine. Frauen werden gebraucht.

Christoph Schwerdtfeger, KV Konstanz: Quote hat sich bisher bewährt.

Sabine Wölfle: Chancengleichheit steht im Vordergrund.

Katrin Altpeter, KV Rems-Murr: Frauenanteil bei den Gemeinderäten in BW bei 22% in den
Kreistagen nur 17%. Reißverschluss als Zeichen in die
Gesellschaft.

Ä 1:

AK: Ablehnung
Empfehlung der AK so angenommen

Ä 57:

zurückgezogen

Abstimmung über Antrag PO 1:

Mehrheit von 2/3 der anwesenden stimmberechtigten Delegierten nötig, da
Statutenänderung. (nötig 201 Stimmen bei 302 anwesenden Delegierten)
die notwendige 2/3-Mehrheit wurde erreicht, daher so beschlossen

Antrag PO 2:

Ä 58:

AK: Annahme
wird übernommen

Abstimmung über Antrag PO 2 in geänderter Fassung:
mit großer Mehrheit so beschlossen

Antrag PO 3:

AK: erledigt durch Annahme von PO 2 in geänderter Fassung

Antrag PO 4:

AK: Erledigt durch Annahme von PO 2 in geänderter Fassung

Antrag PO 5:

AK: Ablehnung
Zahlreiche Wortmeldungen

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste:
- angenommen

mehrheitlich so beschlossen

Antrag PO 6:

AK: Erledigt durch Antrag PO 5

Antrag PO 7:

AK: Annahme
Statutenänderung, d.h. 2/3-Mehrheit ist nötig
diese wurde erreicht, daher so beschlossen

Antrag PO 8:

AK: Annahme in geänderter Fassung
so beschlossen

Antrag PO 9:

AK: Ablehnung
so beschlossen

Antrag PO 10:

Ä 62:

AK: Überweisung an Lavo
so beschlossen

Abstimmung über PO 10 in geänderter Fassung
Überweisung an Lavo mit großer Mehrheit so beschlossen

Antrag PO 11:

Ä 59:

AK: Annahme
so beschlossen

Abstimmung über PO 11 in geänderter Fassung
so beschlossen

Antrag PO 12:

zurückgezogen

Antragsbereich IR – Innen und Recht

Anträge IR 1 und IR 2:

Einbringung von IR 1 (AnSt: Juso-Landesverband): Frederick Brütting

Einbringung von IR 2 (AnSt: Landesvorstand): Dr. Hendrik Bednarz

Aussprache mit 5 RednerInnen pro Antrag LV und 5 RednerInnen pro Antrag Jusos

Markus Herrera Torrez: Probleme werden durch ein Verbot nur verlagert. Wer soll Verbot überwachen? Durch das Verbot werden Jugendliche an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

Hermann-Josef Pelgrim: Kommunen mit Verantwortlichkeiten bestücken. Es ist eine „Kann – Regelung“. Kommunalpolitik muss vor Ort handeln können.

Dorothea Kliche-Behnke: Angebot für „Hardliner“ könnte geschaffen werden. Prävention würde in den Hintergrund treten.

Katrin Altpeter: Prävention steht vor dem Verbot. Das Verbot sollte letzte Möglichkeit sein. Recht über Entscheidung sollte Kommunen gewährt werden.

Jonas Weber: Verbot als schwächstes Signal. Verlagerung der Probleme vor Ort. Antrag der Jusos annehmen.

Dejan Perc: Wenn Präventivmaßnahmen nicht greifen, muss den Kommunen vor Ort die Entscheidung zum Verbot möglich sein.

Ralf Spörkel: Freiburg: Erfolg mit dem Verbot (an 3 Tagen in der Woche) war nicht messbar. Freiheitsrechte werden durch das Verbot eingeschränkt.

Gaby Rolland: Den Gemeinden die "Rote Karte" in die Hand geben. Option zum Handeln eröffnen.

Christian Eheim: Verbot würde als Niederlage gedeutet werden, da die Prävention nicht greift. Prävention im Vordergrund. Freiheitsrechte sollen nicht eingeschränkt werden. Beschluss vom Ulmer Parteitag soll nicht gekippt werden.

Reinhold Gall: Reformen des Innenministers haben positiven Anklang in der Bevölkerung gefunden. Jede/r Baden-WürttembergerIn sollte sich frei bewegen können. Toleranz und Respekt steht im Vordergrund. Sicherheit und Freiheit befindet sich im Antrag in der Balance. Freiheitsrechte sind auch die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht mehr an bestimmte Plätze wagen. Probleme gibt es nicht überall. Kommunalpolitiker, die Probleme in ihren Gemeinden haben fordern die Möglichkeit, Reagieren zu können. Verbot zeitlich eingeschränkt.

Abstimmung, welcher Antrag zur weiteren Beratungsgrundlage erklärt wird:
Mehrheit entscheidet für den IR1 (Antrag der Jusos) als Beratungsgrundlage.

Die Jusos übernehmen die Änderungsanträge der AK. Antrag in geänderter Form bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

IR 2 damit erledigt durch Annahme von IR 1 in geänderter Fassung

Antrag IR 3:

zurückgezogen

Antrag IR 4:

Ä 48:

AK: Annahme

Weiterer Änderungsantrag (liegt den Delegierten nicht schriftlich vor)
 Konsens zwischen AK und AnSt bei Absenkung des aktiven Wahlalters für Gemeinderäte und Kreistage, Abschaffung der unechten Teilortswahl, Unvereinbarkeit des Amtes des (Ober-)Bürgermeisters/der (Ober-)Bürgermeisterin mit einer Mitgliedschaft in einem Kreistag, Direktwahl der Landräte

Deshalb Vorschlag:

- Annahme von IR 4 in Fassung der Antragskommission und „aktives Wahlrecht“ aus Ä 48
- Überweisung an LTF von Z. 18-20 und Rest aus mündlichem Änderungsantrag („passives Wahlrecht“, „Einführung der vorzeitigen Abwahl ...“ bis „Regionalversammlung ...“)

mehrheitlich so beschlossen

Anträge IR 5, IR 6, IR 7, IR 8, IR 9:

erledigt durch Annahme von IR 4 in geänderter Fassung
 so beschlossen

Antrag IR 10:

AK: Überweisung an LTF und Lavo (Berücksichtigung im Verfahren zur Findung eines gleichstellungsorientierten Kommunalwahlrechts)
 so beschlossen

Antrag IR 11:

AK: Überweisung an LTF und Lavo (Berücksichtigung im Verfahren zur Findung eines gleichstellungsorientierten Kommunalwahlrechts)
 so beschlossen

ASF – Resolution

Einbringung durch Anette Sorg.

AK schlägt vor, Ersetzen von „Daher wird sie ... Änderung des Grundgesetzes – zur Erhöhung“ durch „Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Erhöhung ...“

aber: Vorschlag der Antragskommission auf Änderung wird nicht angenommen.
 Abstimmung über ursprüngliches Papier

Mehrheitlich so beschlossen

Resolution zum Thema „Rente“

Einbringung durch Leni Breymaier

Wortmeldung:

Gerd Weißkirchen: Signal noch heute an die Bundestagsfraktion senden, die sich am 1. Oktober mit dem Thema befassen wird. Antrag befürwortet.

so beschlossen

Resolution zum Thema „Solidarität mit Helmut Schmitt“

Einbringung durch Cordula Becker

so beschlossen

Resolution zum Thema „umFAIRteilen“

so beschlossen

Für die restlichen, nicht behandelten Anträge gibt Christian Lange bekannt:
Er verliest eine Liste der Anträge, die angenommen bzw. überwiesen werden (siehe Beschlussübersicht):

EUR 1-4	(Überweisung laut Votum AK)
EUV 5	Überweisung an LTF
AS 2	wie Votum AK
AS 6	Überweisung an BTF
IR 13-14	Überweisung an LTF
IR 15, Ä 49	Annahme
IR 16	erledigt durch Annahme von IR 15
IR 17-18	Überweisung an LTF und Justizminister
IR 19	Überweisung an LTF und Innenminister
IR 21-23	Annahme
IR 25	Überweisung an BTF
IR 26	Ablehnung
IR 29-31	Annahme
F1	erledigt durch Regierungshandeln
F 2	Überweisung an LTF und Finanzminister
F 3	Überweisung an nächsten ordentl. LPT
F 5	Überweisung an BTF
F 6	Annahme

Alle Anträge, die nicht aufgerufen und nicht behandelt wurden, sind hiermit verfallen. Es wird sich keine weitere Instanz mit ihnen beschäftigen.

17:15 Uhr, Schlusswort

Katja Mast, MdB, Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg

Wiesloch, den 29.09.2012

Für das Protokoll:

Dr. Gudrun Igel-Mann
Vasilios Papayannis